



PROTOKOLL Präsidium und Länderrat

Termin: 15.02.2022
Ort: Zoom
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:12 Uhr
Teilnehmer: siehe Anlage 1: Anwesenheitsliste
Sitzungsleitung: Peter Nagel und Stefan Althans
Protokollführung: Ricah Wolf
Verteiler: Präsidium und Länderrat
Versand: 18.02.2022
Einspruchsfrist: 04.03.2022
Nächste Sitzung: 23.04.2022

TOP 1	Begrüßung.....	2
TOP 2	Tagesordnung.....	2
TOP 3	Rechts - und Verfahrensordnung.....	2
TOP 4	Satzungsänderung.....	8
TOP 5	Verschiedenes	9

TOP 1 Begrüßung

Der Präsident Peter Nagel (PN) und der Vorsitzende des Länderrates Stefan Althans (SA) eröffnen die Sitzung um 19 Uhr und begrüßen alle Anwesenden.

TOP 2 Tagesordnung

PN trägt vor, dass in der Mitgliederversammlung über die Satzung im Ganzen abgestimmt werden soll, da an verschiedenen Stellen Änderungen und Ergänzungen vorgenommen wurden.

Er schlägt vor, zunächst die Rechts- und Verfahrensordnung zu besprechen und im Anschluss die geplanten Satzungsänderungen. Allgemeine Zustimmung erfolgt.

PN überträgt Rechtsanwalt Herrn Görgens das Wort, der durch die RVO führt.

TOP 3 Rechts - und Verfahrensordnung

Herr Görgens begrüßt die Sitzungsteilnehmer und macht eine kurze Einführung in den vorliegenden Entwurf der RVO. Er weist darauf hin, dass Zwischenfragen und Anmerkungen ausdrücklich erwünscht sind.

Bei inhaltlichen Fragen wird Claudia Temmeyer (CT) unterstützen.

Auf grammatikalische Richtigkeit wird eine Mitarbeiterin von Herr Görgens das Dokument vor Veröffentlichung nochmals prüfen.

Er erläutert den Aufbau der RVO und weist darauf hin, dass die Verbandsschiedsgerichtsbarkeit abgetrennt ist von der Turnierschiedsgerichtsbarkeit, der API-Prüfungskommission und den Ordnungsmaßnahmen.

Herr Görgens setzt den Entwurf der RVO als bekannt voraus und liest daher nicht alle Paragraphen vor. Zu allen Fragen und offenen Punkten nimmt er gerne Stellung. Paragraphen, zu denen es keine Fragen gab, wurden nicht weiter besprochen.

Abschnitt A – Verbandsschiedsgericht

§ 4

PN spricht an, dass bei § 4.1 der Satzteil „wer bezahlt die Kosten“ gestrichen werden soll (Seite 6).

Weiter wird gefragt, ob es möglich ist, den ersten Satz von §4.1 zu streichen. Herr Görgens erläutert hierzu den Unterschied zwischen dem Spruchkörper und den Kammern. Die Anregung ist damit erledigt.

Herr Görgens führt weiter aus, dass die Arbeitsgruppe sich bei den zwei Kammern für eine Hierarchie entschieden hat – Erstinstanz und Revisionsinstanz. Hierzu kam von Barbara Günther guter Input, der mit in die Entscheidung geflossen ist. Dies ist aus seiner Sicht die beste Lösung.

§5

An der Zuständigkeit der Verbandsschiedsbarkeit wurde nicht viel geändert, vielmehr wurden diese, soweit erforderlich, ergänzt und angepasst. Herr Görgens erläutert den staatlichen Rechtsweg, der durch die RVO nicht ausgeschlossen werden kann.

Unterschied §5.13 und §5.14

Die Jungpferde- und Fohlenbeurteilungen sind keine Prüfungen, sondern Beurteilungen. Zudem gibt es diese bei der FEIF nicht. Aus diesem Grund ist hier kein Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Materialrichter gegeben.

Nur bei der FIZO kann ein Rechtsmittel beim Verbandsschiedsgericht eingereicht werden. Ein sog. „Turnierschiedsgericht“ gibt es bei FIZO-Veranstaltungen künftig nicht mehr. Gegen die Entscheidung des Verbandsschiedsgerichts ist kein weiteres Rechtsmittel gegeben.

§7 Kompetenz-Kompetenz

Es wird gefragt, was Kompetenz-Kompetenz bedeutet. Herr Görgens erläutert, dass das Verbandsschiedsgericht hiernach entscheiden kann, ob es sich eines Streitfalls annimmt, wenn dieser nicht in seiner Zuständigkeit explizit geregelt ist.

Nach einem Beschluss des BGHs ist dies nicht rechtmäßig – die Entscheidung über die Zuständigkeit fällt in diesem Fall auf ein staatliches Gericht zurück.

Herr Görgens schlägt vor, hier den Hinweis auf „§1040 ZPO bleibt insoweit unberührt“ aufzunehmen.

Es wird angemerkt, dass möglichst wenig Verweise auf die ZPO gewünscht sind, da eine RVO entstehen sollte, die auch für Nichtjuristen gut verständlich ist. Birte Schneider spricht an, dass §1040 ZPO in der RVO erklärt werden könnte. Stefan Althans sagt, dass dies hier ausnahmsweise wohl nicht notwendig ist, da es sich um einen sehr seltenen Fall handeln dürfte.

Der Satz wird kurzgehalten und der Paragraph nicht erläutert. Die Überschrift wird geändert in „Befugnis des Verbandsschiedsgerichts zur Entscheidung über die eigene Zuständigkeit“.

§ 8

Es wird gefragt, warum in §8.2 erneut die Besetzung der Kammer geregelt ist. §8.2 enthält eine Wiederholung, ist damit überflüssig und wird gestrichen.

Es wird besprochen, ob §8.4 klar genug definiert ist. Herr Görgens erklärt, dass in anderen Paragraphen bereits geregelt ist, dass Klagen intern an die zuständige Kammer weitergeleitet werden müssen. Aus diesem Grund steht hier nur, dass die Klage an das Verbandsschiedsgericht zu richten ist.

§10

Bei §10 wurde im Wesentlichen der Text aus der ZPO übernommen.

Die Frist gilt als gewahrt, wenn die Klage bei einer Kammer des Verbandsschiedsgerichts eingegangen ist.

§13

PN merkt an, dass hier kein konkretes Konto stehen sollte, sondern nur der Satz: „Der Betrag ist auf ein Konto des IPZV e.V. einzuzahlen.“ CT merkt an, dass das Konto auf der Homepage entsprechend bei dem Punkt Verbandsschiedsgericht veröffentlicht werden soll.

§16

Es wird gefragt, was öffentlich-rechtliche Hilfen sind. Herr Görgens erläutert, dass damit staatliches Handeln, wie der Zoll, das Finanzamt oder andere staatliche Behörden gemeint sind.

Es wird gefragt, ob man den Punkt streichen könnte. Herr Görgens stimmt zu und der Passus „öffentlich-rechtliche Hilfen“ wird gestrichen.

§ 17 bis 19

→ sind normale Grundsätze von gerichtlichen Verfahren.

§20 und 21

→ Durchsetzungskraft für die Angehörigen des Verbandsschiedsgerichts

§ 23

→ interne Verteilung der Akten und Kosten die gedeckt werden sollen

§24

beA = besonderes elektronisches Anwaltspostfach

§29

§29.3 und 29.2 werden getauscht, sodass der ehemalige § 29.3 nun vor §29.2 steht. Die Nummerierung wird dementsprechend ebenfalls angepasst und getauscht.

§30 Regelstreitwert

Herr Görgens erklärt, dass über diesen Punkt diskutiert wurde und am Ende Konsens bei einem Regelstreitwert von 3500 € erzielt wurde.

Abschnitt B: Turnierschiedsgericht

§32

In § 32 wird auf den falschen § in der IPO verwiesen. § 4 muss in § 3 geändert werden. Zur Vereinfachung soll kein Paragraf genannt werden, so dass dort nur noch steht: „[...] für alle in der IPO – Teil A.....“

§34

SA fragt, warum hier der Reitervertreter mit dabei sein muss. Dies gab in der Vergangenheit immer Ärger. CT fragt, ob hier nicht generell drei Personen reichen würden – überwiegende Zustimmung.

Der Reitervertreter wird gestrichen.

Birgit Poensgen merkt an, dass der Paragraf alles sehr genau regelt, aber dies in der Praxis oft nicht umgesetzt wurde. Herr Görgens fragt, inwiefern eine bessere Umsetzbarkeit erzielt werden kann. SA sagt, dass das Turnierschiedsgericht bereits zuständig ist bei Streitigkeiten über die Ausschreibung. In der Ausschreibung sollte daher bereits die Zusammensetzung des Turnierschiedsgerichts bekannt gegeben werden. CT berichtet, dass ein Laufzettel erstellt wird, der dann von den Veranstaltern / Vorsitzenden des Turnierschiedsgerichts abgearbeitet werden kann. Hier könnte auch dieser Punkt festgehalten werden. Felix Rosen spricht an, dass er die Idee von SA befürworten würde, da diese den Formfehler lösen würde. Lutz Lesener soll gebeten werden, die Zusammensetzung des Turnierschiedsgerichts als Pflichtfeld in die Ausschreibungen aufzunehmen.

Weiter wird in Hinblick auf eine mögliche Befangenheit diskutiert, ob zwei Vertreter ausreichen und wann diese benannt werden sollen. Es wird gefragt, was passiert, wenn alle Personen befangen sind.

SA schlägt vor, dass kein Reiter im Turnierschiedsgerecht vertreten sein sollte, um eine mögliche Befangenheit von vornherein zu umgehen.

Abschließend soll folgendes im §34 geändert oder ergänzt werden:

- „Die Zusammensetzung des Turnierschiedsgerichts ist mit der Ausschreibung der Veranstaltung zu veröffentlichen.“
- Der Reitervertreter wird gestrichen
- Für jede vorbenannte Person ist ein Stellvertreter zu benennen

Zusätzlich soll bei §34.3 der letzte Satz gestrichen werden.

§ 39

In §39.1.3 werden Kosten geregelt.

Es wird angemerkt, dass in §39.2.4 ebenfalls auf die Einspruchsgebühren hingewiesen werden sollten. Diese ist erst in §42 geregelt.

§39.2.4 wird ergänzt: Die Kosten richten sich nach der Regelung für die Einspruchsgebühr.

§43

Bei §43.2 wird der Satz bezüglich des Kontos wie folgt abgeändert: Die Geldbuße ist innerhalb von einer Woche nach der Entscheidung des Turnierschiedsgerichts auf das auf der Homepage des Verbandes hierzu benannte Konto des IPZV e.V. zu überweisen.

Der letzte Satz von §43.2 wird gestrichen.

§46

Es wird gefragt, wie der Kostenvorschuss gezahlt werden soll. Der Satz wird entsprechend angepasst: Der Klage ist ein Kostenvorschuss beizufügen und auf das hierzu vom IPZV e.V. auf der Homepage benannte Konto zu überweisen.

Es wird diskutiert, ob der erste Satz bezüglich der Einreichung der Klage „schriftlich“ in durch „per Einschreiben“ ergänzt werden soll. Es herrscht Einigkeit, dass bei allen Rechtsmitteln (vor allem auch in Abschnitt A der RVO) schriftlich mit „per Einschreiben“ ergänzt werden soll.

Abschnitt C: Verhängung von Ordnungsmaßnahmen

§47

Änderung §4 zu: in Sinne der IPO – Teil A ... und der IPO - ZVO Zuchtordnung

Hier muss nochmal die Begrifflichkeit geprüft werden und der Verweis auf Teil () IPO.

§48

48.1 Das Hausrecht obliegt dem Leiter der Zuchtveranstaltung (Schauleiter) und der Turnierleitung. (Zuchtleiter wird gestrichen)

CT wird dies entsprechend überall ändern und auch die Reihenfolge anpassen.

Abschnitt D – Rechtsmittel gegen eine API-Prüfung

CT hat die Rechtsmittel mit Antje Stratmann besprochen. Ein Laufzettel wurde bereits erstellt und liegt bei Antje Stratmann zur Prüfung.

Abschließend wird erneut die Befangenheit bei Mitgliedern des Turnierschiedsgerichtes angesprochen.

Herr Görgens wird gefragt, wer in solch einem Fall entscheidet und ob eventuell hierzu eine Regelung erforderlich ist. Er sagt, dies kommt immer auf den Bedarf an. Zudem wird in §41.3 geregelt, wer als befangen gilt.

CT merkt an, dass ein Hinweis bezüglich der Befangenheit auf dem sog. Laufzettel festgehalten werden soll.

Es besteht Einigkeit, dass die Regelung in §41.3 ausreichend ist.

Gem. Abstimmung von Präsidium und Länderrat darüber, die vorliegende Rechts – und Verfahrensordnung der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen:

PN fragt, wer dafür stimmt, die RVO der Mitgliederversammlung in dieser Form vorzulegen:

Abstimmung: Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 0

Bewilligt

TOP 4 Satzungsänderung

PN sagt, dass über die Satzung im Ganzen abgestimmt werden soll, da Änderungen und Ergänzungen an verschiedenen Stellen vorgenommen wurden. Die geänderten und ergänzten Stellen sind rot markierten, so dass diese auf einen Blick erkennbar sind.

Im Inhaltsverzeichnis gibt es bei §11 und 12 Änderungen.

Bei § 3 wurde der Punkt 3.5. ergänzt.

Hier werden die Ordnungsmaßnahmen des Vorstandes beschrieben. Diese wurde auf Wunsch der gemeinsamen Sitzung in November 2021 eingepflegt.

Herr Görgens fragt, ob die Änderungen, so wie sie dort aufgeführt sind, gewünscht sind. Es gibt keine größeren Einwände.

Bei §3.5.2.4 wird hinzugefügt: [...] im IPZV zu bekleiden.

Durch die Einfügung hat sich die Nummerierung geändert und muss noch angepasst werden. Es wird erwähnt, dass redaktionelle Änderungen auch in der Mitgliederversammlung noch vorgenommen werden können.

Weiter sind mehrere Änderungen in § 10 und 11 der Satzung erforderlich, sollte die RVO in der vorliegenden Form verabschiedet werden.

Bei § 11 ist im zweiten Absatz ein Fehler. PN merkt an, dass im Punkt 2 die Formulierung aus der Rechts - und Verfahrensordnung übernommen werden sollte. Nach kurzer Diskussion soll die Formulierung lauten: Die Zusammensetzung des Verbandsschiedsgerichts regelt die RVO.

Gem. Abstimmung von Präsidium und Länderrat darüber, die vorgeschlagenen Satzungsänderungen / Satzungsergänzungen der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen:

PN fragt, wer dafür stimmt, die Satzung in der vorliegenden Form der Mitgliederversammlung zur Abstimmung vorzulegen:

Abstimmung: Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 0

Bewilligt

Die Satzung wird der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

TOP 5 Verschiedenes

CT bedankt sich bei Birte Schneider, Ulla Gomis-Fliss, Dr. Cosima König und Herr Görgens für die gute Zusammenarbeit. PN und SA bedanken sich ebenfalls bei den Beteiligten.

PN spricht die Richterüberprüfung an. Er bittet um Zustimmung, dass die Richterüberprüfung in diesem Jahr erneut ausgesetzt wird. Die Form der Richterüberprüfung soll zum 1.1.2023 neu geregelt werden. Nach kurzer Diskussion wird über das Aussetzen der Richterüberprüfung im Jahr 2022 abgestimmt:

Abstimmung: Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 0

Angenommen

Die Richterüberprüfung wird für das Jahr 2022 nochmals ausgesetzt.

Die Sitzungsleiter danken allen Beteiligten für die Teilnahme und beenden die Sitzung um 21:12 Uhr.

Hannover, den 22.01.2022

Sitzungsleitung: gez. Peter Nagel, gez. Stefan Althans

Protokollführung: gez. Ricah Wolf